

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 17. Mai 2018**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Claassen, Cyperrek, Denzer, Escher, Glattacker, Herzog, Heuer (bis 19:30 Uhr), Höfler, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lehmann, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Rufer, Salach (ab 17:40 Uhr bis 19:50 Uhr), Salinas de Huber, Schlecht, Schumacher, Simon, Sommer (bis 18:30 Uhr), Vogel (ab 17:45 Uhr), Werntaler, Wiesiollek (ab 18:15 Uhr)
Entschuldigt:	Stadtrat Bernnat / Stadträtin Herzog / Stadtrat Oehler
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Dr. Held Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić Fachbereichsleiterin Staub-Abt Fachbereichsleiter Dullisch Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands Geschäftsführerin Zielger-Jung, WFL Betriebsleiter Langela (bis 20:00 Uhr) Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus Komm. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 19:30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Lauble Stellv. Fachbereichsleiter Gruber (bis 19:30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 19:05 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Bachmann-Ade / Stadtrat Werntaler
Schriftführung:	Behringer
Beginn:	17:30 Uhr
Ende:	20:50 Uhr

## **TOP 1**

### **Festsetzung der Besoldung der Beigeordneten sowie deren weitere Ämter und Nebentätigkeiten**

**Vorlage: 073/2018**

Vor Eintritt in die Sitzung stellt der Vorsitzende fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig sei.

## **TOP 1**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und erteilt hierauf Herrn Bucher aus der Zuhörerschaft das Wort.

Herr Bucher sieht in der nebenamtlichen Tätigkeit der künftigen Bürgermeisterin als Geschäftsführerin der Städtischen Wohnbaugesellschaft Lörrach mbh sowie der Lörracher Stadtbau-GmbH einen Interessenskonflikt. Diese Verquickung sei nicht gut, dies habe man in der Vergangenheit bei dem Beispiel „Auf Eggen“ gesehen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dies rechtlich geprüft sei und dies kein Problem darstelle. Nicht nur in Lörrach gäbe es diese Konstellation. Der Aufsichtsrat kontrolliere die Entscheidungen nochmals.

Stadtrat Lusche sieht die Frage von Herrn Bucher als berechtigt an. In der Fraktion habe man dies ebenfalls diskutiert und abgewogen. Den Beschlussvorschlag unter Ziffer 1 halte er für richtig, da das Amt viele anspruchsvolle Anforderungen mit sich bringe. Im Übrigen solle man die Aufgabenverteilung überdenken und über einen zweiten Beigeordneten diskutieren. Er wünsche Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic in ihrer neuen Funktion als Bürgermeisterin eine glückliche Hand.

Stadtrat Schlecht erwähnt, dass es hier zunächst um die Stelle einer Beigeordneten gehe. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Über den Beschlussvorlag 2.2 gäbe es schon immer Diskussionen. Man sei sehr froh, was die Wohnbau bisher geleistet habe und sehe keine Befangenheitsgründe.

Stadträtin Kurfeß signalisiert ebenfalls die Zustimmung der Fraktion DIE GRÜNEN. Die Besoldung in B5 sei durch die fast erreichten 50.000 Einwohner angebracht. In der Fraktion seien die Nebentätigkeiten ebenfalls diskutiert worden. Es gäbe Vorteile wie auch Nachteile. Schlussendlich sei der Gemeinderat zuständig und beschließe darüber.

Stadtrat Claassen teilt mit, dass auch die Fraktion der Freien Wähler der Beschlussvorlage so zustimmen werde. Auch sehe man bei den anderen Nebentätigkeiten kein Problem.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Frau Monika Neuhöfer-Avdić wird mit Dienstantritt zum 1. Juni 2018 als Beigeordnete in eine Planstelle der Besoldungsgruppe B 5 eingewiesen. Gemäß § 49 Abs. 3 der Gemeindeordnung wird ihr die Amtsbezeichnung „Bürgermeisterin“ verliehen.
- 2.1 Frau Monika Neuhöfer-Avdić wird als Nachfolgerin von Bürgermeister Dr. Wilke in den Kommunalbeirat der badenova AG & Co. KG entsandt.
- 2.2 Frau Monika Neuhöfer-Avdić soll als Nachfolgerin von Bürgermeister Dr. Wilke zur nebenamtlichen Geschäftsführerin der Städtischen Wohnbaugesellschaft Lörrach mbH sowie der Lörracher Stadtbau-GmbH bestellt werden.
- 2.3 Von der Ausübung der weiteren Ämter bzw. Nebentätigkeiten im Wege der Nachfolgeregelung durch Frau Monika Neuhöfer-Avdić wird Kenntnis genommen:
  - Aufsichtsratsmitgliedschaft Regio Verkehrsverbund Lörrach GmbH
  - Vorsteherin Wuhrgenossenschaft Lörrach

## **TOP 2**

### **Änderung der Hauptsatzung und Umbesetzung von Gremien**

#### **Vorlage: 040/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Gemeinderat hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der beigefügten Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lörrach wird zugestimmt (Anlage 1).
2. Der vorgeschlagenen Umbesetzung der Ausschüsse entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage wird zugestimmt.

## **TOP 3**

### **IBA Projekt Am Zoll Lörrach Riehen – Projektstand und Variantenstudie**

#### **Basler Straße**

#### **Vorlage: 062/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Er gibt an, dass die Vorlage bereits im Hauptausschuss ausführlich vorberaten wurde. Auf die erneute Präsentation werde daher verzichtet.

Stadtrat Escher teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag zur Kenntnis nimmt und diesem zustimmen werde. Die Fraktion gehe davon aus, dass zum zweiten Absatz auf Seite drei der Begründung, ein erneuter Beschluss im Gemeinderat vorgelegt

werde, da über die erwarteten Kosten der Bezug in der jetzt vorliegenden Beschlussvorlage fehle.

Die SPD-Fraktion begrüße die Beschlussvorlage und stimme zu, gibt Stadtrat Schlecht zu verstehen. Man sei gespannt, was die Studie für ein Ergebnis vorzeige.

Stadtrat Berg teilt mit, dass die Fraktion DIE GRÜNEN die Variantenstudie ebenfalls begrüße. Wichtig sei, dass gezeigt werde, wie Straßenquerschnitte / Straßenaufteilungen verbessert werden können. Alle Verkehrsteilnehmer müssen berücksichtigt werden.

Stadtrat Claassen begrüßt, dass die Stadt durch die Studie, welche wenig Geld koste die Möglichkeit bekomme, dies intensiv zu hinterfragen. Ein großes Kompliment spricht er dem Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung für die gute Aufarbeitung aus. Eine ganze Menge Fragen sollten durch die Studie geklärt werden.

Der Vorsitzende versichert, dass auf jeden Verkehrsteilnehmer geachtet werde. Man sehe der Studie offen und freudig entgegen.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Projektstand Kenntnis und beschließt die Ausgaben in Höhe von 2'022 € für eine verkehrsplanerische Variantenstudie für die Basler Straße.

## **TOP 4**

### **Tramstudie Lörrach**

#### **Vorlage: 061/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Er erklärt, dass die Studie zum richtigen Zeitpunkt gemacht werde. Die S-Bahn-Studie und die Tramstudie werden gegenseitig vernetzt. Auch werde man sich mit den technischen Machbarkeiten auseinandersetzen. Er betont, dass hier gedanklich noch keine Haltestellen aufgestellt werden.

Herr Klatz informiert anhand einer Folie (Anlage 2), welche Fragestellungen durch die Tramstudie geklärt werden sollen. Hier werden sowohl die Tram sowie die anderen Verkehrsträger miteingebunden. Die Tramstudie soll die Grundlage bieten, wie das Gesamtverkehrskonzept aussehen soll. Auch werde man über die Grenzen eine Arbeitsgruppe gründen mit der BVB, dem Kanton und anderen Trägern.

Die CDU-Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu, teilt Stadtrat Escher mit. Die Studie solle als Grundlage dienen, eine Entscheidung zu treffen, aktuell stellt es noch keine Festlegung dar.

Stadtrat Schlecht stellt fest, dass eine mögliche Tram immer wieder die Gemüter erhitze. Er hoffe, dass die offenen Fragen geklärt werden. Der Dominoeffekt werde gewaltig sein. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe sieht er noch zu klären an.

Stadträtin Kurfeß sei sehr dankbar über die nun vorgelegte Folie, welche zeige was genau hinter der Studie stehe. Es sei ein sehr sensibles sowie ein politisches, großes Thema mit welchem transparent umgegangen werden müsse. Die Fraktion DIE GRÜNEN stellt daher den Antrag (Anlage 3), die Beschlussvorlage mit folgendem Punkt zu erweitern: „Die Tramstudie ist nach einem Auslobungsverfahren zu vergeben. Die Bewertungskriterien bei der Vergabe der Tramstudie sind dem Gemeinderat vorzulegen bzw. dieser miteinzubeziehen.“

Weiter sieht Stadträtin Kurfeß die Probleme des ÖPNV dadurch nicht gelöst. Sie übermittelt ebenfalls einen Fragenkatalog der Fraktion welcher ergänzende Fragen, für die Arbeitsgruppe habe. Der Großteil der Fraktion halte die Studie für sinnvoll, weswegen sie dieser heute zustimmen werden.

Stadtrat Claassen zeigt sich glücklich darüber, dass die Tramstudie auf dem Weg gebracht werde. Auch sei der Zusammenhang der Studie bereits durch die Beschlussvorlage logisch gewesen.

Stadtrat Koesler betont, dass die FDP bereits 2014 mit dem Wunsch einer Tramverlängerung angetreten sei. Die Machbarkeitsstudie sei nun eine Genugtuung. Auch würde die Tram elektro-betrieben werden, anders wie die Busse.

Stadträtin Cyperrek sieht die Fragen der Fraktion DIE GRÜNEN für berechtigt an. Auch die SPD-Fraktion habe sich diese Fragen gestellt und sehe die Tramstudie als sinnvoll an, sofern die gestellten Fragen beantwortet werden.

Stadtrat Berg gibt zu verstehen, dass er sich enthalten werde. Er halte die Studie für überflüssig. Auch die Studie zum Innenstadtkonzept sollte damals helfen. Die Tram bringe keinen zeitlichen Vorteil, wenn man nach Basel oder zurück pendle. Man sollte lieber an Sonn- und Feiertagen den Stundentag der S-Bahn anpassen.

Der Vorsitzende betont, dass das die Grundlagen gemeinsam gelegt werden. Auch welches Büro ausgewählt werde, werde gemeinsam im AUT besprochen.

Der Vorsitzende erteilt hierauf Herrn Bucher aus der Zuhörerschaft das Wort.

Herr Bucher bittet, dass doch die Buslinie 34 erweitert werde, dass diese auch bis an das Zentralklinikum fahre. Dies sei die kostengünstigste Variante.

Der Gemeinderat fasst daraufhin mehrheitlich, ergänzend dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, bei 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine Studie zur Klärung der Frage, ob das Verkehrsmittel Straßenbahn in Lörrach in einem Gesamtzusammenhang sinnvoll für die weitere Stadtentwicklung ist sowie in welchem Kosten-Nutzen-Verhältnis Investition und Betrieb stehen, auszulösen.

- 2. Die Tramstudie ist nach einem Auslobungsverfahren (Bewerbung und Bewertung) zu vergeben. Die Bewertungskriterien bei der Vergabe der Tramstudie sind dem Gemeinderat vorzulegen bzw. dieser ist mit einzubeziehen.**

## **TOP 5**

### **Antrag der SPD-Fraktion: Pflegeeinrichtungen in der Stadt Lörrach**

#### **Vorlage: 050/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Da der Beschlussvorschlag im AUT bereits ausführlich vordiskutiert wurde, werde auf eine erneute Vorstellung verzichtet.

Die SPD-Fraktion freue sich darüber, dass ihr Antrag von allen Fraktionen sowie der Verwaltung positiv begleitet werde, teilt Stadträtin Cyperrek mit. Der Platzmangel an Pflegeeinrichtung werde sich weiter verstärken. Es sei eine Mammutaufgabe, welche seltsamerweise im Leitbild der Stadt nicht aufgelistet sei. Auch stelle man sich die Frage, wer diese bearbeiten soll, da die Stelle der Seniorenbeauftragten mit nur 50% zu wenig sei.

Stadtrat Glattacker teilt mit, dass die CDU-Fraktion zustimmen werde.

Stadträtin Martin gibt an, dass die Fraktion DIE GRÜNEN der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen werden. Sie regt an, darüber nachzudenken, dass auf dem Gelände des Schöpflin-Areals Wohnungen entstehen sollten. Jetzt wäre der Zeitpunkt sich dort einzubringen.

Stadtrat Claassen dankt der SPD-Fraktion für den Antrag. Man müsse als Stadt schauen, was getan werden könne.

Der Vorsitzende sieht hier die Möglichkeit, die Bürgerschaft im Rahmen der Bürgerbeteiligung mit einzubinden.

Der Gemeinderat fasst hierauf einstimmig folgenden Beschluss.

1. Der Antrag der SPD-Fraktion, über den demographischen Wandel und seine Auswirkungen auf die Lebenssituation der Senioren (speziell die pflegerische Versorgung) in der Stadt Lörrach und in den Ortsteilen zu berichten, wird weiter verfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Teilhabeplan IV Senioren genannten Zielvorstellungen auf ihre Umsetzung zu prüfen und daraus resultierende Maßnahmen zu benennen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Pflegeinfrastruktur in der Stadt Lörrach und Ortsteilen zu bewerten und Vorschläge zur Ausweitung wohnortnaher unterstützender Wohnformen zu unterbreiten.

## TOP 6

### **Anpassung des Modells zur Schulkindbetreuung an Lörracher Grundschulen**

**Vorlage: 064/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadtrat Kiefer bedankt sich beim Fachbereich Jugend/Schulen/Sport für die gute Arbeit und wünscht bei der Umsetzung viel Erfolg.

Stadträtin Rufer zieht eine positive Bilanz zu der jetzigen Beschlussvorlage. Aus den negativen Erfahrungen wurde gelernt. Die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Akteuren sei besonders hervorzuheben.

Stadträtin Martin sieht das Gesamtkonzept als vorbildlich. Erfreulich sei auch, dass den Mitarbeitern qualitative Schulungen angeboten werden. Es sei ein gerechter Zugang zur Schulkindbetreuung durch die Staffelung. Die Stadt könne für sich verbuchen, dass sie eine kinderfreundliche Stadt sei.

Stadtrat Pichlhöfer dankt den Gremien die das Konzept ausgearbeitet haben. Dies sei ein kleinerer Meilenstein. Es sei schön zusehen, dass auch an Familien gedacht wird, welche weniger gut betucht seien. Er bittet den Fachbereich Jugend/Schulen/ Sport ein Merkblatt zu erstellen, aus welchem ersichtlich ist, wo Mittel für z.B. die Schulkindbetreuung zu beantragen seien.

Stadträtin Kurfeß erinnert daran dass der Gemeinderat seinerzeit darauf hingewiesen hat, dass das Konzept überarbeitet werden müsse. Die Stadt sei nun auf einem guten Weg.

Stadtrat Koesler stellt fest, dass die alte Regelung nicht zielführend gewesen sei. Der Stundensatz sei immer noch an der oberen Grenze. Das in der Vorlage erwähnte Bruttoeinkommen bei 65% der Eltern sei aus seiner Sicht nicht realistisch. Sollte das Konzept an den Zahlen scheitern, sollte dies erneut überarbeitet und vorgelegt werden.

Die Fehler von damals wurden erkannt und korrigiert teilt der Vorsitzende mit. Der Stunden bzw. Monatssatz liegt in einer vergleichbaren Range mit anderen. Lörrach sei nicht am teuersten. Wer sich die Betreuung nicht leisten könne, dem könne auf Anfrage geholfen werden.

Der Vorsitzende erteilt hierauf Frau Barth aus der Zuhörerschaft das Wort.

Frau Barth bedanke sich für die gute Zusammenarbeit. Man sei erst einen Schritt zurück und dafür nun 2 Schritte voraus gegangen. Familien mit Migrationshintergrund sollten beim Ausfüllen der Formblätter unterstützt werden.

Der Gemeinderat fasst daraufhin einstimmig folgenden Beschluss:

1. Dem hier vorgeschlagenen Modell zur Schulkindbetreuung wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die neuen Regelungen mit den Trägern zum kommenden Schuljahr umzusetzen.
3. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die Entwicklung eines Lörracher Gesamtkonzepts zur Schulkindbetreuung vorzubereiten. In einer weiteren Vorlage (2018/19) wird sie dem Gemeinderat einen Vorschlag zur Verfahrensweise vorlegen. Dies umfasst u.a. den fachlichen Weg mit Beteiligungsstruktur.

## **TOP 7**

### **Bächlinweg - Wohnanlage für Geflüchtete, Planung und Kostenberechnung, Anmietung der Holzmodule**

**Vorlage: 075/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Er gibt zu verstehen, dass die Module im Bächlinweg fast gleichzeitig mit denen im Neumatt-Brunnwasser abgebaut werden. Da auch die Module in Neumatt-Brunnwasser gekauft wurden, müssten dann für 7 Gebäude gleichzeitig Grundstücke gefunden werden. Die Module werden zudem intensiv genutzt, so dass sie nach Ablauf der drei Jahre vermutlich deutliche Gebrauchsspuren aufwiesen. Man werbe daher diese nur zu mieten.

Stadträtin Krämer gibt an, dass sie keine Meinung der Fraktion wiedergeben könne, da die Beschlussvorlage nicht rechtzeitig vorlag. Sie betont, dass die neuen Flächen nicht ausreichend geprüft worden seien.

Die SPD-Fraktion sehe keinen Sinn bei einem Kauf, welcher sich erst nach zehn Jahren amortisiere, teilt Stadträtin Bachmann-Ade mit. Man stimme der Anmietung der Module zu.

Stadträtin Kurfeß sehe die Ausgaben für den Kauf der Module ebenfalls nicht gerechtfertigt.

Stadtrat Claassen wolle von Fachbereichsleiterin Buchauer wissen, wie viele Angebote eingeholt worden seien. Auch könne es in 3 bis 5 Jahren potenzielle Käufer geben. Er merkt an, dass dies nicht richtig geprüft worden sei. Die Fraktion der Freien Wähler werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen, da diese nicht korrekt bearbeitet worden sei.

Fachbereichsleiterin Buchauer teilt mit, dass noch keine Ausschreibung erfolgt sei, weshalb man nur ein Richtangebot vorliegen habe. Die Werte können sich noch ändern.

Der Vorsitzende bittet Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić mitzuteilen, wo die Holzgebäude noch aufgestellt werden können.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić stellt klar, dass man im Rahmen der AG Neubaugebiete zahlreiche Flächen für die Schaffung von Wohnraum untersucht habe. Um das Ziel der Verwaltung zu erreichen, müssen die Flächen möglichst dicht bebaut und dauerhaft

ter Wohnraum geschaffen werden, weshalb sie auf diesen Flächen eher keine zweigeschossigen Bauten sehe.

Der Vorsitzende stellt die Frage, welche Wege eingeschlagen werden sollen. Die Unterbringung der Menschen in Modulen solle eine Übergangslösung sein. Wo diese nach 3 bis 4 Jahren hinkommen, wisse man nicht.

Stadtrat Claassen beschwert sich darüber, dass es hier um Steuergelder gehe und man sich nicht einmal die Zeit genommen habe, Zahlen und Angebote einzuholen.

Der Vorsitzende stellt klar, dass dies in der Kürze der Zeit von der Gemeinderatssitzung im April bis zur heutigen Sitzung nicht möglich gewesen sei.

Stadtrat Claassen bemängelt, dass es hier um viel Geld gehe. Wenn keine Flächen vorhanden seien, müsse man aktiv werden. Man könne auch untersuchen, wohin man die Module verkaufen könne. Jetzt sollten bereits Käufer gesucht werden.

Stadtrat Lusche beklagt, dass hierüber eine Diskussion geführt werden müsse. Verschiedenste Dinge seien mit der Vorlage nicht in Ordnung. Auch könne es im Zeitalter der Elektronik nicht angehen, dass die Vorlage nicht rechtzeitig vorgelegen habe. Sollte dies nochmals vorkommen, wäre zu überlegen, dass man wieder zurück zum Papier gehe. Er habe überlegt, sich zu enthalten. Über die Vorlage nicht zu entscheiden, gehe aber nicht.

Stadtrat Koesler sieht es kritisch, dass die Module weiter verkauft werden können, da es dafür keinen Markt gäbe. Auch sei der Transport von A nach B mit einem größeren Aufwand verbunden. Durch einen späteren Verkauf würde nur noch der Restwert gezahlt werden, ein Gewinn könne nicht erzielt werden.

Stadträtin Krämer gibt zu verstehen, dass durch die Aussage von Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić die Sache klarer geworden sei. In Haagen wurde es dem Gemeinderat anders verkauft. Hier gäbe es zwei unterschiedliche Ausgangslagen. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Hersteller der Module vielleicht auch nach 3 Jahren bereit sei, die Module zu verkaufen. Die Option sei dadurch nicht verbaut.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin mit 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, folgender Beschlussfassung mehrheitlich zu:

1. Die Anmietung der Holzmodule über drei Jahre mit voraussichtlichen Mietkosten von rund 15.400 €/Monat wird genehmigt.
2. Die außerplanmäßige Ausgabe von 402.000 € im Haushaltsjahr 2018 sowie die Verwendung der Deckungsmittel werden genehmigt.

## **TOP 8**

### **Änderungssatzung zur "Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Waffenrecht"**

**Vorlage: 063/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Gemeinderat hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Änderungssatzung zur "Satzung über die Erhebung von Gebühren für das Waffenrecht" entsprechend Anlage 4 wird zugestimmt.

## **TOP 9**

### **Änderung der Verwaltungsgebührensatzung**

**Vorlage: 057/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Gemeinderat hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Änderung der Verwaltungsgebührensatzung (Anlage 5) wird zugestimmt.

## **TOP 10**

### **Abschluss der Jahresrechnung 2017 -**

### **Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2018**

**Vorlage: 067/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Gemeinderat hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt das vorläufige Ergebnis 2017 zur Kenntnis.
2. Die Restmittel aus der Budgetabrechnung werden nach den vom Gemeinderat beschlossenen Budgetregeln zu 50% bzw. zu 100% (Globalbudget Kultur und Schulbudgets) auf das Jahr 2018 übertragen.  
Davon abweichend werden weitere 100%-Anträge gemäß Anlage 1 genehmigt.  
**3.424.377,04 €**
3. Bei den Investitionen (Anlage 2) werden Einnahmeansätze für den Verkauf des Areals Weberei Conrad (4.800.000 €) sowie für das Zollquartier (560.000 €) nach 2018 übertragen.

**-5.360.000,00 €**

4. Die Grunderwerbsmittel werden vollständig übertragen und überwiegend für Ankäufe im Zusammenhang mit Bühl III benötigt.

**942.557,60 €**

5. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Investitionsmittel kraft Gesetz nach § 21(1) GemHVO übertragen werden:

Laufende Maßnahmen und abgeschlossene, noch nicht abgerechnete, Maßnahmen

**13.817.643,20 €**

Saldo 3. bis 5. (Anlage 2, Investitionen)

**9.400.200,80 €**

## **TOP 11**

### **Friedhofsentwicklungsplanung - Erste Maßnahmen und weitere Schritte**

**Vorlage: 011/2018**

Der Vorsitzende führt kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Glattacker gibt zu verstehen, dass es nicht einfach ist, dem Punkt 1 der Beschlussvorlage zuzustimmen. Der Einsatz der Bio-Kapseln befürwortet er. Da es sich um ein sehr sensibles Thema handelt, wurde man es begrüßen, wenn man den Punkt 4d um eine Bürgerinformation in Tülingen und Stetten erweitern würde. Man sollte auch weiterhin die Wünsche nach Erdbestattung ermöglichen.

Stadtrat Schlecht sei froh, dass der Friedhofentwicklungsplan auf den Weg gebracht wurde. Bei dem Thema müsse flexibel und sensibel vorgegangen werden. Auch sollten Gespräche mit den Bestattern gesucht werden. Erdbestattungen dürfen nicht unterbunden werden. Er bittet bei der Beschlussvorlage Nr. 8 sowie bei Nr. 10 den Teil zu streichen, der die Beteiligung der Gremien auf eine Kenntnisnahme beschränkt. Die Gremien müssten über alle Maßnahmen zur Erweiterung der Erdbestattungsflächen abstimmen. Auch der Beschlussvorschlag Nummer 3 sollte gestrichen werden.

Die Fraktion DIE GRÜNEN befürworten die Beschlussvorlage teilt Stadtrat Werntaler mit. Das Thema sei transparent geführt worden. Ein großes Bedürfnis sehe er bei Punkt 13, dem Thema Bestattungswald.

Stadtrat Lindemer signalisiert ebenfalls die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler. Er bittet nochmals zu prüfen wie mehr Erdbestattungen durchgeführt werden können. Auch muss es heute technisch möglich sein, da es Schreitbagger gäbe, mit welchen auch in Steilhängen gearbeitet könne.

Stadtrat Pichlhöfer gibt zu verstehen, dass die wesentlichen Fakten diskutiert wurden. Vor Jahren wurden die Ruhezeiten gekürzt. Vielleicht sollte man diese wieder um 5 Jahre ver-

längern. Auch bemängelt er, dass die Bestatter über die Situation nur schriftlich oder telefonisch informiert wurden.

Stadträtin Krämer bittet die Vorlage nochmals zu überarbeiten und dann dem Rund nochmals vorzulegen.

Stadtrat Escher stellt den Antrag, dass die Vorlage nochmals geändert und neu vorgelegt werde.

Der Gemeinderat vertagt bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen den Beschluss der Vorlagen.

## **TOP 12**

### **Umgestaltung Aicheleknuten - Basler Straße - Kirchstraße; BA II; Auftragsvergabe Teil Straßenbau**

#### **Vorlage: 066/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt, gemeinsam mit dem darauffolgenden aufgrund der Zusammenhänge Thematik auf. Da der Beschlussvorschlag im AUT bereits ausführlich vordiskutiert wurde, werde auf eine erneute Vorstellung der verzichtet.

Die CDU Fraktion werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen, gibt Stadtrat Escher zu verstehen. Mit der Beschlussvorlage werde bekannt, dass die Zahlen aus dem Jahr 2013 seien. Nun gibt es eine Kostensteigerung von 500.000 €. Die Vorlage komme zu einer Unzeit, da dringende Maßnahmen anstünden. Dem Tagesordnungspunkt bezüglich der Kanalsanierung stimmen Sie zu. In den Eigenbetrieb Abwasser habe man vollstes Vertrauen.

Stadtrat Schlecht gibt an, dass beiden Tagesordnungspunkten zugestimmt werde, auch wenn die Kostensteigerung schmerzlich sei.

Auch Stadtrat Wernthaler schmerzt die Kostensteigerung ebenfalls. Er bittet bereits jetzt zu Prüfen ob es bei dem 3ten Bauabschnitt auch zu einer Kostensteigerung kommen werde.

Stadtrat Claassen gibt an, dass man in der Fraktion hin und her überlegt habe. Die Kostensteigerung sei Brutal. Sei man hier am Ende der Fahnenstange?

Stadtrat Koesler gibt zu verstehen, dass man mit den richtigen Zahlen sicher anders abgestimmt hätte. Er halte die Beschlussvorlage für überarbeitungsfähig. Er werde dieser ebenfalls nicht zustimmen.

Schaue man sich den die Baupreisindex Tabelle an, seien die Zahlen realistisch angesetzt, erklärt Stadtrat Denzer.

Stadtrat Escher betont erneut, dass es nicht sein kann das dem Rund Zahlen aus 2013 vorgelegt werden. Die Teuerungen wären geringer gewesen.

Der Vorsitzende gibt zu verstehen, dass es sich hier um den Bauabschnitt Basler Straße nicht um den Aichele Knoten handle.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, man mit der gemeinsamen Ausschreibung bereits Kosten\_ gespart habe. Derzeit galoppieren die Preise extrem. In Zukunft werde man mit anderen Zahlen schaffen müssen. Die Zahlen für den 3ten Bauabschnitt werden nochmals im Detail angeschaut. Natürlich wäre es möglich den Straßenbau billiger zu machen, dies würde sich aber deutlich auf die Qualität der Ausführung auswirken.

Der Vorsitzende bekräftigt die Notwendigkeit der Kanalsanierung. Dieser Bauabschnitt sei alternativ los. Die Kostensteigerung sei auch für die Verwaltung ärgerlich.

Stadtrat Escher gibt erneut zu verstehen, dass hier Tatsachen geschaffen werden. Die Zahlen in der Beschlussvorlage seien von 2013. Die Sanierung des Kanals sehe man ein. Ob die falschen Zahlen wissentlich oder nicht so reingeschrieben wurden, wisse man nicht.

Der Vorsitzende gibt Stadtrat Escher bezüglich der Zahlen Recht, dies sei nicht böswillig geschehen. Er betont nochmals, dass dies noch keine Vorentscheidung für den Aichele-knoten darstelle.

Fachbereichsleiter Dullisch gibt an, dass die Straßenarbeiten lediglich bis zur Firma Weber gehe. Nicht aber in den Aicheleknoten. Die Firma Rapp habe bereits im Vorfeld bei der Ausschreibung eine kleine Sicherheit von ca. 3 % eingerechnet.

Der Gemeinderat fasst bei 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Das Gremium stimmt der Auftragsvergabe zur Ausführung der Straßenbauarbeiten im Zuge der Umgestaltung Basler Straße – Kirchstraße – Bauabschnitt II – durch Fa. Schleith GmbH aus 78256 Steißlingen zu einem Angebotspreis von **1.966.564,17 € brutto** zu.

### **TOP 13**

**Umgestaltung Aicheleknoten - Basler Straße - Kirchstraße;  
Bauabschnitt II - Auftragsvergabe Bauausführung - Kanalisation  
Vorlage: 021/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Gemeinderat hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Gremium stimmt der Auftragsvergabe zur Ausführung der **Kanalbauarbeiten** im Zuge der Umgestaltung Basler Straße – Kirchstraße – Bauabschnitt II – durch die Fa. Schleith GmbH aus 78256 Steißlingen zu einem Angebotspreis von **882.784,40 € brutto** zu.

## **TOP 14**

### **Förderung der Elektromobilität**

#### **Antrag der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Lörrach vom 28.2.2018**

##### **Vorlage: 044/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Lörrach als Energiestadt müsse Vorreiter sein. Auch fehlen ihr noch konkrete Antworten, wo stehe man als Verwaltung usw. Bei der nächsten Ausschreibung sollte man voraussetzen, dass E-Busse im Stadtverkehr eingesetzt werden sollten.

Auch die CDU-Fraktion möchte die offenen Fragen zeitnah beantwortet haben, teilt Stadträtin Höfler mit.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass bereits vor einem Jahr massiv dafür geworben wurde, das Betriebliche Management voranzutreiben. Er berichtet, dass das Land Baden-Württemberg den Einsatz Elektro Lasträder unterstützt. Dies werde in Zukunft besondere Bedeutung haben. Vor Jahren hieß es bereits man bleibe dran.

Stadtrat Lindemer begrüßt ebenfalls die Vorlage. Er möchte wissen, ob es die Möglichkeit gibt, Straßenlaternen als Stromladestelle einzusetzen.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt teilt mit, dass es die Fördermittel für Elektro-Lasträder bereits länger gäbe. Bisher waren aber Kommunen z.B. Werkhof/Stadtgrün davon ausgeschlossen, außer man hätte sie verliehen. Seit dem 1. April ist dies nun auch für Werkhof/Stadtgrün möglich. Bezüglich der Straßenlaternen gibt Sie an, dass es sich grundsätzlich gut anhöre. Die vorhandenen älteren Laternen müssten jedoch umgerüstet werden. Dies sei mit sehr hohen Kosten verbunden. Bei neueren Laternen ist dies denkbar.

Fachbereichsleiter Dullisch ergänzt, dass die Laternen z.B. tagsüber abgeschaltet seien und somit auch keine Lademöglichkeit bestünde.

Stadtrat Berg bedauert, dass man sich bei den Stadtbussen lediglich auf den deutschen Markt konzentriere. Andere Städte in Deutschland greifen bereits auf EU-Länder zurück. Man müsse an das Thema ernsthaft angehen.

Der Vorsitzende erklärt, dass man Versuche, die Busse über die SWEG zubekommen. Bisher habe diese es noch nicht geschafft E-Busse zu besorgen.

Stadtrat Pichlhöfer sieht die Möglichkeit am Standort der Velohalle, Ladestationen einzurichten.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema E-Mobilität weiterzuverfolgen, sowohl im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements als auch bei der Gesamtbetrachtung der Mobilität in der Stadt Lörrach. Die Stadtverwaltung soll zu gegebener Zeit berichten.

## **TOP 15**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **15.1**

Der Vorsitzende informiert den Rat darüber, dass das Land Baden-Württemberg die Sanierung des Familienzentrums in der Baumgartnerstraße 33 mit 880.000€ fördert.

#### **15.2**

Fachbereichsleiterin Buchauer macht anhand einer Präsentation (Anlage 6) auf die Dringlichkeit der Sanierung der Rathausfassade aufmerksam. Bereits seit längerem sei bekannt, dass die Blechfassade schadhaft sei. Diese wurde regelmäßig überwacht und ausgebessert. Im Jahr 2017 wurden für Fassade und Unterkonstruktion neue Gutachten eingeholt. Die Ergebnisse lägen nun vor. Der Zustand der Fassade mache Sofortmaßnahmen in Form von zusätzlichen Verschraubungen der Fassadenplatten sowie das Anbringen von Sicherheitsnetzen erforderlich. Aufgrund der zunehmenden Verschlechterung der Bestandskonstruktion müsse eine zeitnahe Totalsanierung der Fassade erfolgen, was die Gesamtsanierung des Rathauses dringlicher mache als bisher angenommen. Eine Abstimmung mit dem Landesdenkmalamt sei erforderlich. Im HH-Jahr 2018 sei für Planungen und Rücklagen 1 Mio. € zurückgestellt. Bis im Jahr 2021 weitere 2,5 Mio. € Fördermittel werden derzeit geprüft.

Der Vorsitzende weist ebenfalls auf die Dringlichkeit der Sanierung hin, diese müsse rasch angegangen werden. Über das weitere Vorgehen werde wieder informiert.

Stadtrat Claassen bittet im diesem Zuge zu prüfen, ob es nicht möglich sei, den Denkmalschutz aufzuheben.

## **TOP 16**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **16.1**

Stadträtin Martin trägt vor, dass die Fraktion DIE GRÜNEN den Antrag (Anlage 7) stellt, dass sich die Stadt um das Förderprogramm „Quartier 2020 – Sonderprogramm Quartier“ bewerben solle. Bereits beim Quartier 2020 habe sich der Seniorenbeirat unter der Federführung von Frau Hammler beworben. Man sei aber nicht zum Zuge gekommen. Sie übergibt daher den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN.

## **16.2**

Stadtrat Escher verweist auf einen Artikel in der Velo Post, in der Fachbereichsleiter Dulisch und zwei seiner Mitarbeiter sich mit der IG Velo getroffen haben. Weitere zwei Termine stünden schon fest. Er bittet, dass zukünftig auch für andere IGs sich so viel Zeit genommen werde.

Ein weiterer Bestandteil des Artikels sei die Mängelliste gewesen. Er bittet das Thema Pendlerroute aufzuarbeiten und im AUT vorzulegen, das hierüber diskutiert werden kann.

## **TOP 17**

### **Fragestunde der Einwohner/innen**

keine

## **TOP 18**

### **Offenlegungen**

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

### **18.1**

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 26. April 2018**

### **18.2**

**Annahme/ Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gemäß § 78 abs. 4 GemO (" Kleinspende bis 100 Euro) - Kindergarten Brombach**

### **18.3**

**Annahme / Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen Schreiben vom 04.05.2018**

### **18.4**

**Stellungnahme des FB Umwelt und Klimaschutz auf Anfrage der Fraktion der Grünen vom 22. März 2018 nach der Überwachung grünplanerischer Vorgaben im Bebauungsplan**

## **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: